

40. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2021



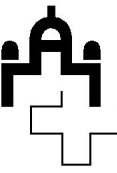
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

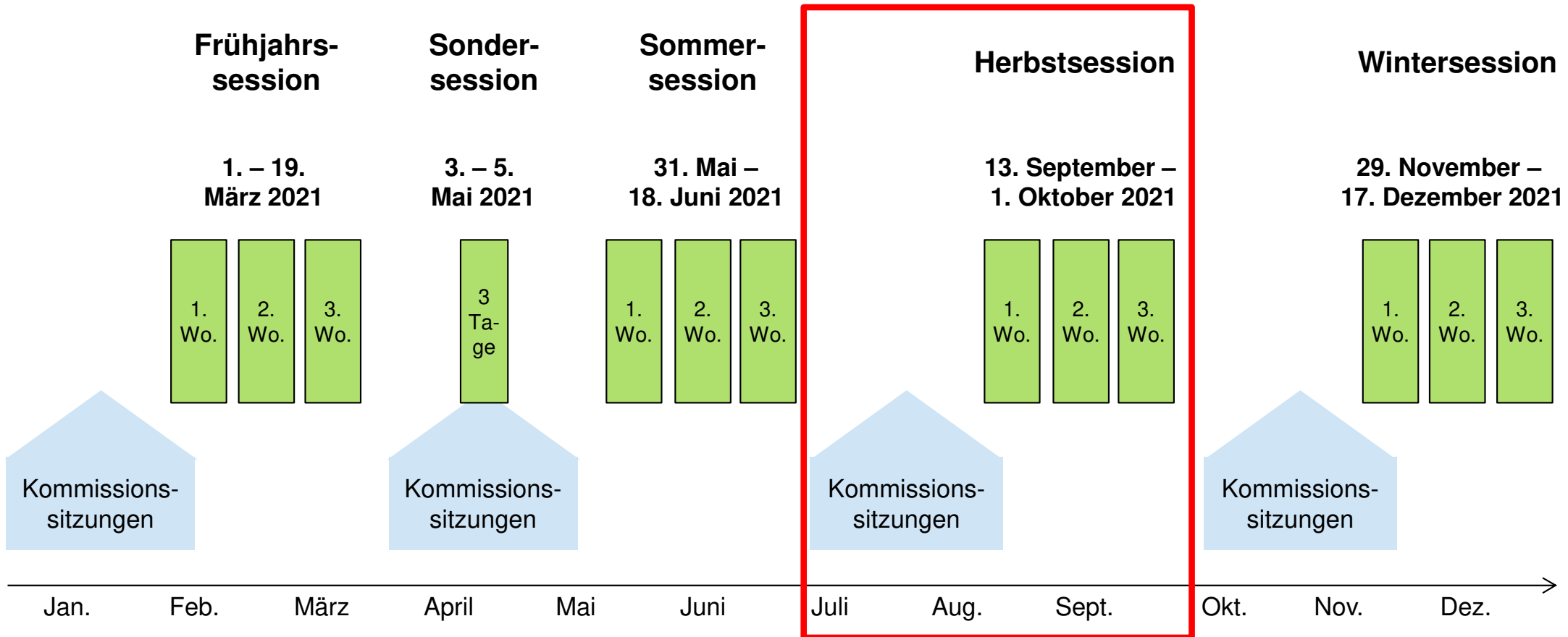
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session


3. Besuch im Bundeshaus

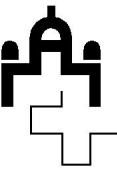
4. Aktualitäten



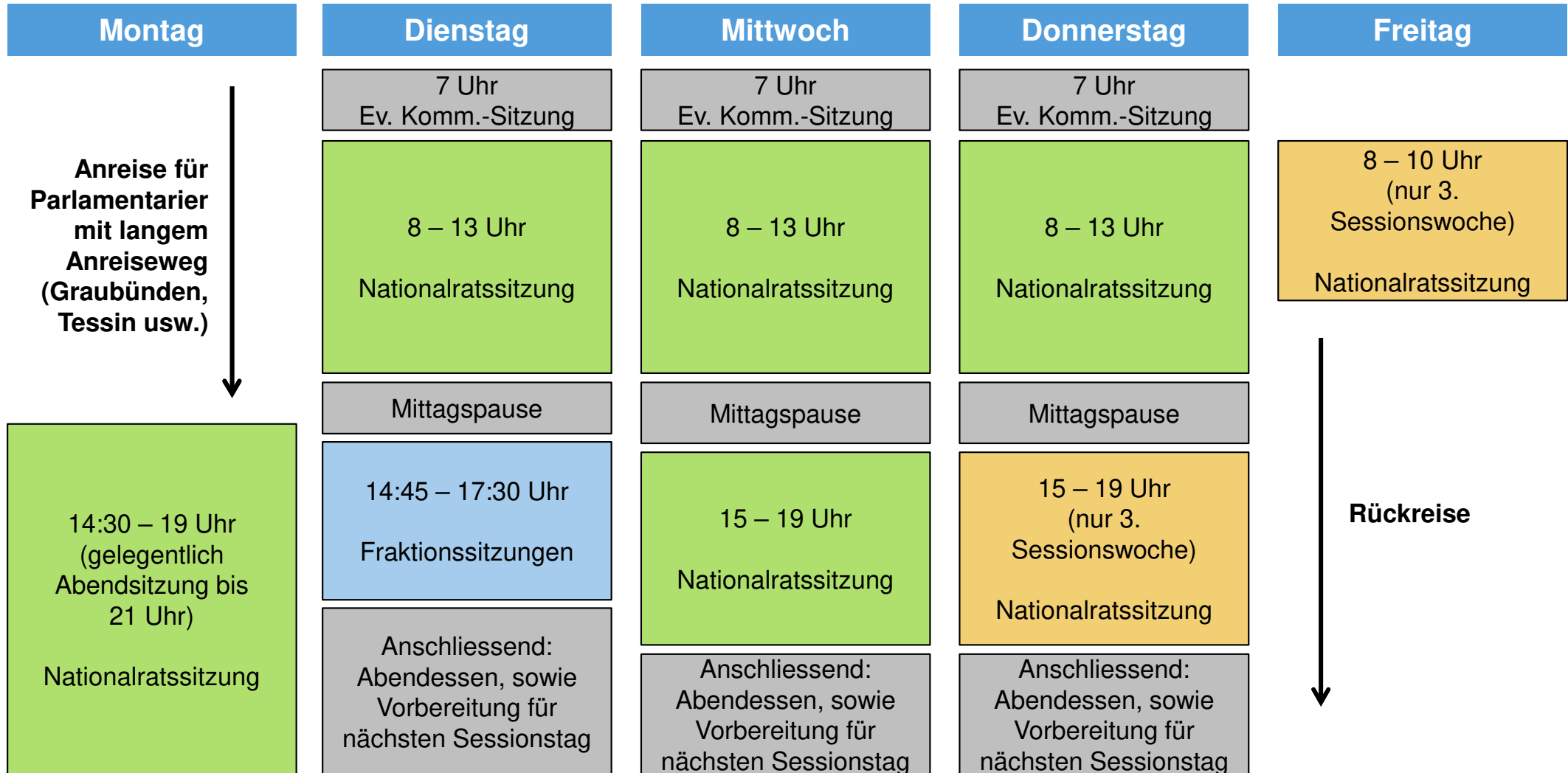
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen

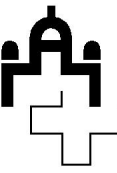


 **Zusätzlich zu den Sessionsen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die Grünen und Die Mitte



SVP:	55
SP:	39
Die Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

8 Stimmzähler

Präsident (SVP)

1. Vizepräsidentin (Grüne)

2. Vizepräsident (Mitte)

Fraktionen
Groupes parlementaires

- SVP (55)
- SP (39)
- Die Mitte (31)
- Grüne (30)
- FDP (29)
- GLP (16)



8 Stimmzähler

Präsident (SVP)

1. Vizepräsidentin (Grüne)

2. Vizepräsident (Mitte)

Stimmzähler

Präsident

1. Vizepräsidentin

2. Vizepräsident

Stimmzähler

Präsident

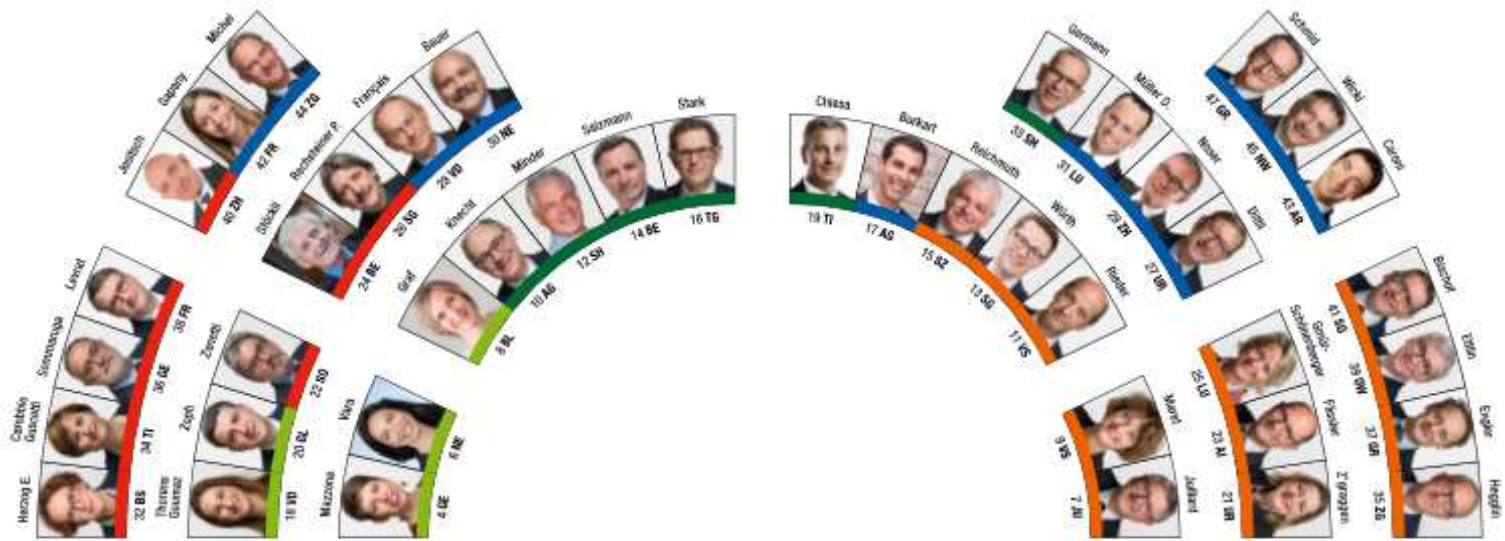
1. Vizepräsidentin

2. Vizepräsident

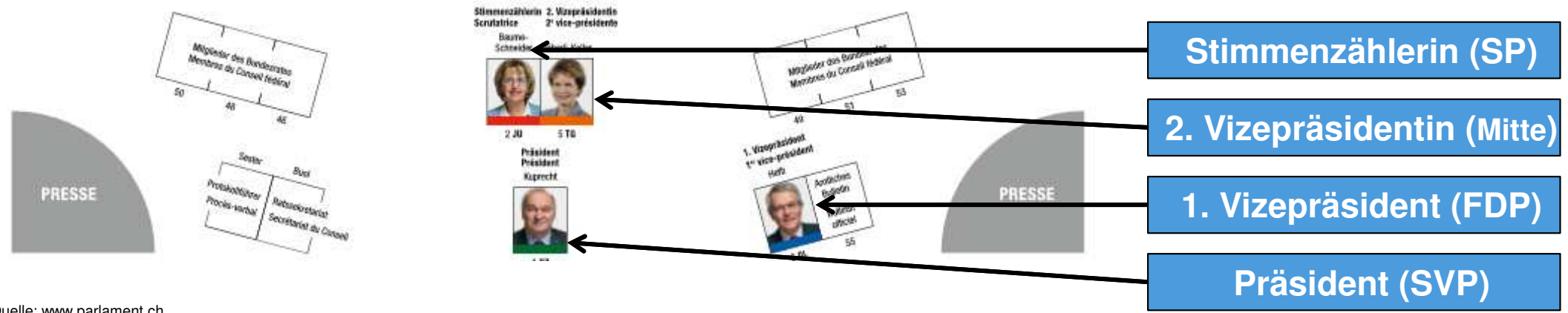
Quelle: www.parlament.ch

TA / 5. Oktober 2021

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und Die Mitte



Die Mitte:	14
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-



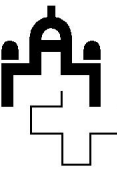
Quelle: www.parlament.ch

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

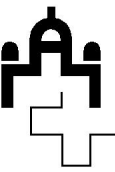
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



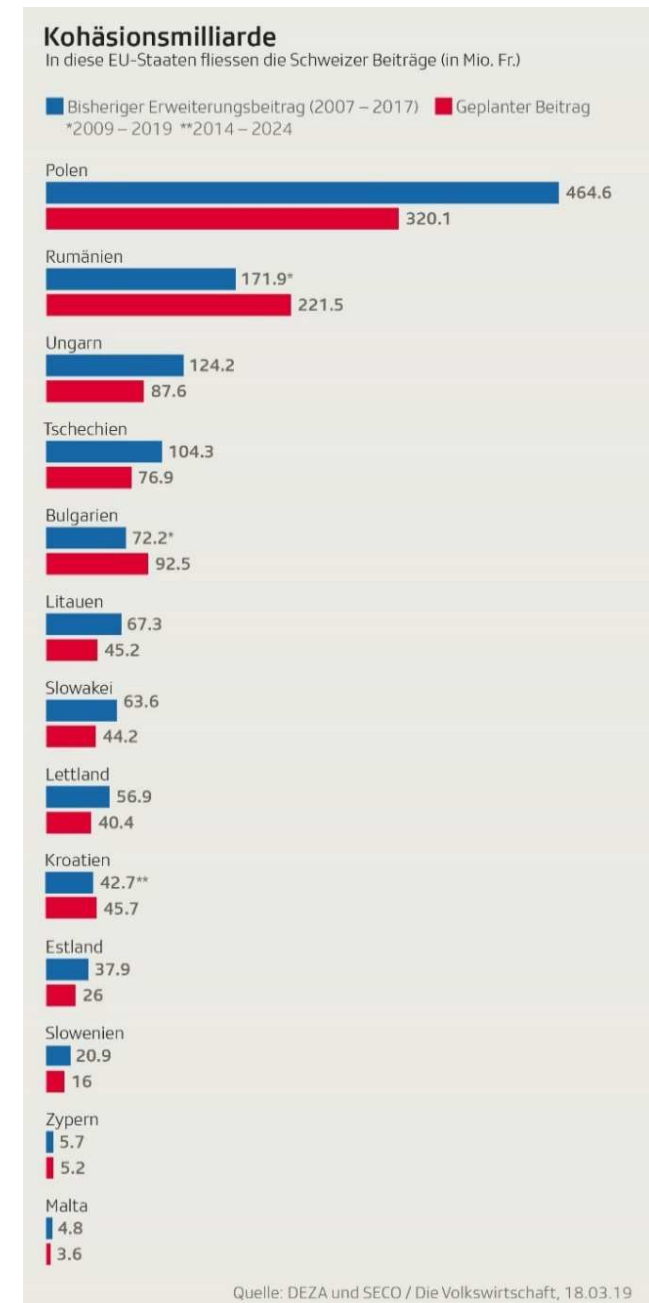
Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession 2021 und werden nachfolgend vertieft behandelt

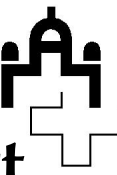
- 1 EU-Kohäsionsmilliarde
- 2 Erhöhung des Benzinpreises um 3.5 Rappen
- 3 UNO Migrationspakt
- 4 Transplantationsgesetz
- 5 Verschärfung der Lex Koller
- 6 Tabakproduktegesetz
- 7 Diverse weitere Geschäfte



FDP und Mitte verschenken nun doch 1,3 Milliarden Steuerfranken an die EU

- Die Schweiz zahlt der EU erneut 1,3 Milliarden Steuerfranken – trotz Diskriminierung seitens Brüssel (21.050).
- Zu verdanken haben wir dies FDP und Mitte. Getreu nach dem Motto «was geht mich mein Geschwätz von vor den Wahlen an», verraten sie ihre eigenen Überzeugungen und stimmen der Zahlung der Bücklings-Milliarde an die EU zu.
- Vor den nationalen Wahlen, im Sommer 2019, lehnten FDP und die Mitte die Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU ab. Dies weil die EU die Schweiz diskriminierte, indem sie die Börsenäquivalenz verweigerte.
- Seither ist die Diskriminierungspolitik der EU gegenüber der Schweiz unverändert.
- Heute verschenken sie die 1,3 Milliarden Steuerfranken nicht nur völlig bedingungslos. Obendrein lässt man es nicht zu, das Volk über diese Zahlung entscheiden zu lassen. Nur so lässt sich die Ablehnung des Antrages der SVP erklären, den Parlamentsbeschluss zur Zahlung der Kohäsionsmilliarde dem fakultativen Referendum zu unterstellen.





Obwohl die EU die Schweiz heute noch viel stärker diskriminiert, stimmten die anderen Parteien der Milliardenzahlung zu

- Die SVP lehnt die Zahlung dieser 1,3 Milliarden Steuerfranken mit Verweis auf die Bereiche entschieden ab, in denen die EU unser Land diskriminiert:
 - bis heute verweigert Brüssel die Börsen-Äquivalenz;
 - Mitte Juli hat die EU-Kommission die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen, obwohl dieses Teil der Bilateralen I ist;
 - Brüssel verweigert die Anerkennung von Herkunftszertifikaten bei der Wasserkraft;
 - auch die Nutzung der EU-Datenbank Eudamed für Problemmeldungen mit Medtech-Produkten sowie die Anerkennung von Konformitätsbescheinigungen (Mutual Recognition Agreement, MRA; ebenfalls Teil der Bilateralen I) werden der Schweiz verweigert;
 - im Strombereich behindert die EU die Zusammenarbeit der Schweiz mit ihren Nachbarstaaten, um z.B. auf technischer Ebene sogenannte ungeplante «Loop Flows» durch die Schweiz zu verhindern.

STÄNDERAT

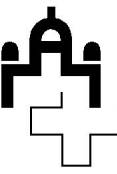
Wintersession 2018

[18.067](#) s Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten (APK)

Antrag Noser
vom 27. November 2018

Art. 1

^{1bis} Verpflichtungen auf der Grundlage dieses Rahmenkredits werden nicht eingegangen, wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt.



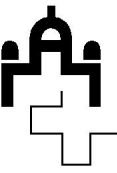
Kaum ist das Geld gesprochen, verlangt die EU eine „Binnenmarkt-Zutrittsprämie“ in der Höhe der Norwegischen Zahlungen

- Insbesondere lehnt es die SVP ab, die bislang freiwillige Zahlung der Kohäsionsmilliarde in eine zwingende Marktzutritts-Prämie umzuwandeln, wie dies der Bundesrat vorsieht, um in Brüssel nach dem Verhandlungsabbruch zum Rahmenvertrag gut Wetter zu machen.
- Kein Land der Welt bezahlt solche Marktzutritts-Prämien. Zudem wäre die Schweiz bald mit ähnlichen Forderungen anderer Länder konfrontiert.
- Hinzu kommt, dass unsere Exportindustrie dies gar nicht nötig hat – Schweizer Produkte werden im Ausland aufgrund ihrer herausragenden Qualität gekauft und nicht, weil die Schweiz dafür bezahlt.
- Weil die EU mehr Güter in die Schweiz exportiert als umgekehrt, müsste die Schweiz von der EU im Gegenzug ebenfalls die Bezahlung einer Marktzutritts-Prämie fordern.
- Aus Sicht der SVP müssen die 1,3 Milliarden Steuerfranken der Schweizer Bevölkerung zugutekommen – etwa für die Sicherung unserer Sozialwerke – statt in intransparenten EU-Projekten zu versickern.

Norway's EU payments
 Annual gross financial flows from Norway to the European Union, EU member countries and the European Free Trade Area

Yearly amount	To
€ 450 million	Various EU programmes and agencies
€ 390 million	15 individual EU countries
€ 50 million	Other, including costs of EFTA membership
Total: €890 million (£740 million)	

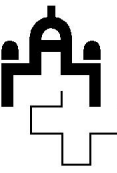
Source: Mission of Norway to the European Union; EEA and Norway Grants; European Free Trade Area; EFTA Surveillance Authority, Financial Statements



Alle Parteien ausser der SVP wollen den Benzinpreis um 3.5 Rappen erhöhen – trotz des Volks-Neins zum CO₂-Gesetz

- Die Stimmbevölkerung hat am 13. Juni 2021 die Totalrevision des CO₂-Gesetzes abgelehnt.
- Und trotzdem will eine Mehrheit im Parlament das Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 23. Dezember 2011 so ändern, dass das Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen im Inland bis Ende 2024 fortgeschrieben wird.
- Schlussendlich stimmte die SVP geschlossen gegen die Vorlage, welche darauf verzichtet den zulässige Kompensationsaufschlag auf Treibstoffe gemäss notwendigen Status quo auf 1,5 Rappen zu beschränken.
- Aus Sicht der SVP ist sonnenklar, dass das Stimmvolk das CO₂-Gesetz insbesondere wegen der darin enthaltenden Preiserhöhungen beim Benzin und Heizöl abgelehnt hat. Diese Abgaben nun nicht zu deckeln ist unhaltbar.



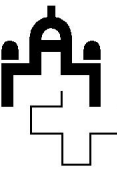


UNO Migrationspakt bleibt sistiert – ob das Parlament - wie bei der Kohäsionsmilliarde - einfach die Wahlen '23 abwarten will...?

- Dank der SVP sistiert nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Behandlung des UNO-Migrationspakts, bis die zuständige Kommission ihre Arbeiten zum Soft Law abgeschlossen hat.
- Es ist klar, dass die Grosse Kammer nicht von den wiederholten Beteuerungen überzeugt ist, dass der Pakt keine verbindliche Rechtsquelle enthält und dass er nicht zu einem Anstieg der Zuwanderung und der damit verbundenen Kosten führen wird.
- Internationale Organisationen versuchen zunehmend, die Schweiz durch die Hintertür unter Druck zu setzen, indem sie Resolutionen durchsetzen, die dem Volk und den Kantonen nicht vorgelegt werden können. Unter dem Deckmantel des "soft law" bindet der Bundesrat die Schweiz zunehmend, indem er Normen akzeptiert, die letztlich zumindest politisch verbindlich sind.
- Die SVP wird diesen Pakt, der eine unkontrollierte Masseneinwanderung ermöglicht, erhebliche Mehrkosten verursacht und die Souveränität der Schweiz in Migrationsfragen einmal mehr einschränkt, weiter bekämpfen.



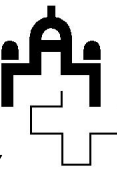
Global Compact
FOR **Migration**



Künftig sollen bei Verstorbenen Organe entnommen werden dürfen, ausser sie haben sich explizit dagegen ausgesprochen

- Heute dürfen in der Schweiz einem Menschen nach seinem Hirntod nur Organe, Gewebe oder Zellen entnommen werden, wenn er zu Lebzeiten seine Zustimmung gegeben hat (20.090).
- Künftig soll eine erweiterte Widerspruchslösung gelten. Wenn eine Person vor ihrem Tod einer Organentnahme nicht widersprochen hat, dürfen die Organe entnommen und für Transplantationen verwendet werden.
- Allerdings hat das Parlament eine Vetoklausel eingebaut: Falls kein expliziter Wille zur oder gegen die Organspende dokumentiert ist, müssen die Angehörigen befragt werden. Diese können der Organentnahme widersprechen, jedoch müssen sie den Willen des Verstorbenen beachten. Falls keine Angehörigen erreichbar sind, bleibt die Organentnahme verboten, falls der Wille des Verstorbenen nicht bekannt ist.
- Als Alternative zur Widerspruchslösung stand die Erklärungslösung zur Debatte, für die die Nationale Ethikkommission eintritt und die von SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz präsentiert wurde. Sie verlangte, dass der Bund von allen in der Schweiz wohnhaften Personen eine Stellungnahme zur Organspende einhole und diese Aussage in einem nationalen Register festhalte. Allerdings wäre es weiterhin auch möglich gewesen, sich nicht zur Organspende zu äussern.
- Gegen den Systemwechsel äusserten sich vor allem Mitglieder der SVP-Fraktion





Nationalrat fordert Gesetzesvorlage zur Lex Koller Verschärfung

Der Bundesrat kommunizierte 2018, dass er auf eine Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland verzichten würde. Er begründete dies mit der aus seiner Sicht unzureichenden Unterstützung der Revision des Bundesgesetzes in der Vernehmlassung.

Die Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates fordert eine Diskussion in den parlamentarischen Gremien betreffend der Lex Koller. Entsprechend wird der Bundesrat beauftragt, die "Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland", die er am 10. März 2017 in die Vernehmlassung gab, in der Form einer Botschaft der Bundesversammlung zu unterbreiten. Der Nationalrat stimmte entgegen dem Willen des Bundesrates der Kommissionsmotion mit 108 zu 69 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

Sonntags **Blick** AKTUELL 3. Oktober 2021

5

Explodierende Immobilienpreise

Die Lex Koller ist zurück

Politiker wollen den Grundstückskauf für Personen aus dem Ausland erschweren. Der letzte solche Versuch scheiterte an den Bürgerlichen.

In der Schweiz ist der Immo-Wahnsinn ausgebrochen. Die Preise für Schweizer Eigenheime haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch verdoppelt. Die Kurve ist frappant steiler als die durchschnittliche Teuerung im selben Zeitraum.

Und das ist nur der landesweite Mittelwert – in einzelnen Gegenden wie am Genfersee, in Teilen der Zentralschweiz und an der Zürcher Goldküste ist eine regelrechte Preis-Rallye losgetreten worden.

Banaler Grund: Der Boden im Land ist begrenzt und die Politik hat Einzonungen grossteils ge-

stoppt, um eine weitere Zersiedelung zu verhindern. **Gleichzeitig steigt die Nachfrage aus dem In- und Ausland ungebremst weiter.** Was an der Bevölkerungszunahme und der Standortattraktivität der Schweiz liegt. **Die Tiefsteuerstrategien vieler Kantone sind hier entscheidend,** aber auch die dichte Infrastruktur und ein hohes Lohnniveau. Ausserdem hat die Pandemie die Nachfrage zusätzlich angekurbelt.

Beispiele aktueller Angebote auf gängigen Schweizer Immo-Plattformen: In Horgen ZH ist eine Zweieinhalbzimmerwohnung für



SP-Nationalrätin Jacqueline Badran.



SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi.

rund 1,5 Millionen Franken zu haben, in Muttenz BL gibts vier Zimmer in einem Wohnblockquartier für 1,2 Millionen Franken, in Arbon TG das gutbürgerliche Einfamilienhaus für 2,2 Millionen Franken. **Wer Immobilien besitzt, profitiert** – über Pensionskassen auch viele Arbeitnehmer ohne Eigenheim.

Die Entwicklung bereitet aber Sorgen: Für die Mittelschicht wird

der Haus- und Wohnungskauf praktisch unerschwinglich. **Weshalb das Parlament reagiert: Der Nationalrat hat am letzten Montag einen Vorstoss gutgeheissen, der die sogenannte Lex Koller zurück aufs Tapet bringt.**

Das Gesetz, benannt nach dem ehemaligen Justizminister Arnold Koller, regelt den Grundstückserwerb durch Personen aus dem Ausland. Nun soll es noch restriktiver werden: Der Kauf von Objekten von ausserhalb der Schweiz würde demnach bewilligungspflichtig.

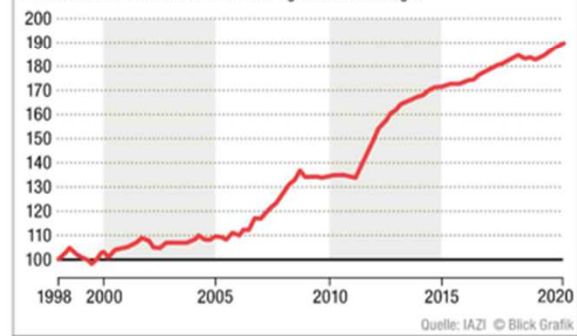
Treibende Kraft war eine «unheilige Allianz» aus SVP, SP und Grünen. Zu den Wortführern gehörten SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi und die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran.

Beim letzten Versuch (2017), die Lex Koller zu verschärfen, scheiterte die Linke an den Bürgerlichen. Mit den Positionswechseln im rech-

Immobilien sind krisenresistent

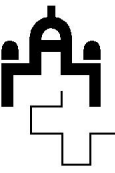
Preisentwicklung für Wohneigentum in der Schweiz seit 1998

Preisindex für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen



ten Lager könnte die Ausgangslage diesmal anders sein. Nun liegt der Ball beim Ständerat. ●

Ein Wohnobjekt kostet heute rund 190 Prozent oder fast das Doppelte davon, was es 1998 kostete.



Lex Koller wurde 1997, 2002 und 2005 immer weiter aufgeweicht

Möglichkeiten des Immobilienerwerbs durch Ausländer in der Schweiz¹

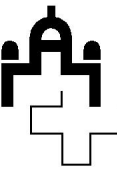
Erwerber	Hauptwohnung (EFH oder STWE)	Zweitwohnung	Zweitwohnung am Arbeitsort für Grenzgänger	Ferienwohnung/ Wohneinheit in Aparthotel	Mehrfamilienhaus inkl. Bauland für Wohnbauten	Betriebsstätte-Grundstück
Ausländer mit Wohnsitz im Ausland						
- EG- oder Efta-Staatsangehörige		Kein Erwerb möglich	Kein Erwerb möglich	Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- Nicht-EG- oder -Efta-Staatsangehörige		Kein Erwerb möglich	Kein Erwerb möglich	Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- gesetzliche Erben		Erwerb ohne Bewilligung				
- eingesetzte Erben und Vermächtnisnehmer		Kein Erwerb möglich		Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- Verwandte oder Ehegatten / Partner des Veräusserers als Erwerber		Erwerb ohne Bewilligung				
Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz						
mit Staatsangehörigkeit in EG- oder Efta-Staat oder bei anderer Staatsangehörigkeit mit Niederlassungsbewilligung für die Schweiz						
- EG- oder Efta-Staatsangehörige	Erwerb ohne Bewilligung					
- Nicht-EG- oder -Efta-Staatsangehörige mit NLB für die Schweiz	Erwerb ohne Bewilligung					
- gesetzliche Erben	Erwerb ohne Bewilligung					
- eingesetzte Erben und Vermächtnisnehmer	Erwerb ohne Bewilligung					
- Verwandte oder Ehegatten / Partner des Veräusserers als Erwerber	Erwerb ohne Bewilligung					
ohne Staatsangehörigkeit in EG- oder Efta-Staat und ohne Niederlassungsrecht für die Schweiz						
- Nicht-EG- oder -Efta-Staatsangehörige mit B-Bewilligung	Erwerb ohne Bewilligung	Kein Erwerb möglich		Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- Nicht-EG- oder -Efta-Staatsangehörige ohne B-Bewilligung	Kein Erwerb möglich	Kein Erwerb möglich		Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- gesetzliche Erben ²	Erwerb ohne Bewilligung					
- Verwandte oder Ehegatten / Partner des Veräusserers als Erwerber	Erwerb ohne Bewilligung					
Gesellschaften						
- Sitz im Ausland				Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung
- Sitz in der Schweiz und gleichzeitig Beherrschung durch Personen im Ausland				Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten	Kein Erwerb möglich	Erwerb ohne Bewilligung

■ Erwerb ohne Bewilligung
 ■ Bewilligung abhängig von offenen Kontingenten (kant. unterschiedliche Regelung)
 ■ Kein Erwerb möglich

¹ Diese Tabelle dient der allgemeinen Orientierung. Es ist unerlässlich, dass jeder Einzelfall individuell geprüft wird. Auch in Fällen ohne Bewilligungsgrund kann ein Erwerb bewilligt werden, wenn ein Härtefall für den Veräusserer vorliegt.
² Für eingesetzte Erben und Vermächtnisnehmer gilt das Gleiche wie für die übrigen Erwerber (B-Bewilligung ja/nein).

Quelle: Bürgi

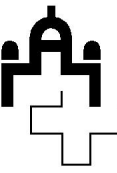
NZZ



Das Parlament beschliesst Verschärfungen der Massnahmen zur Verringerung des Konsums von Tabakprodukten

- Das Parlament verschärft im Hinblick auf eine Volksabstimmung das Tabakproduktegesetz weiter. Die neuen Rechtsvorschriften zielen darauf ab, weitere Massnahmen zur Verringerung des Konsums von Tabakprodukten zu ergreifen - unabhängig davon, ob diese geraucht, erhitzt, geschnupft oder oral eingenommen werden.
- Des Weiteren droht ein Flickenteppich, denn gemäss Parlamentsbeschluss sollen die Kantone jeweils strengere Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsvorschriften erlassen können, als es das nationale Gesetz vorsieht.
- Für die Urheber der Tabakwerbverbotsinitiative geht die als indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitete Revision jedoch nach wie vor zu wenig weit, weshalb das Volk und die Stände das letzte Wort haben werden. Die Initianten stören sich beispielsweise daran, dass in der Presse und im Internet Werbung auch künftig nicht grundsätzlich verboten sein soll. Das Verbot soll nur für Presseerzeugnisse und Internetseiten gelten, "die für Minderjährige bestimmt sind". Das Volksbegehren verlangt dagegen ein lückenloses Verbot für Tabakwerbung, die Kinder oder Jugendliche erreicht.
- Die Gesetzesrevision stellt eine weitere Verschärfung dar, allerdings hätte die Volksinitiative im Falle einer Annahme noch eine einschneidendere Wirkung.





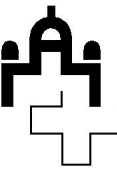
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/17): Covid-19

**Covid-Testzwang
bei
Ausschaffungen
möglich**

**Covid-
Zertifikatspflicht
im Parlament**

**Revision des
Epidemien-
gesetzes bis
Ende Juni 2023**

- Seit einigen Monaten weigern sich einige Staaten, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen, wenn diese nicht zuvor einen Covid-Test absolviert haben. Da es nicht möglich war, den betroffenen Personen Tests aufzuerlegen, konnten viele von ihnen die Ausschaffung vermeiden. Dies war vor allem in Dublin-Fällen problematisch: Wird der Fall nicht innerhalb der ersten sechs Monate in einen anderen Staat überstellt, ist es nicht mehr möglich, die betreffende Person auszuschaffen. Die SVP und die Mehrheit der eidgenössischen Räte nehmen deshalb eine dringliche Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes an, die es ermöglicht, Covid-Tests anzuordnen, wenn dies für die Ausschaffung notwendig ist und der Gesuchsteller sich weigert, sie freiwillig durchzuführen (21.051).
- Die Räte haben beschlossen, die Covid-Zertifikatspflicht für das Parlament einzuführen (21.482). Da diese den Gleichbehandlungsgrundsatz der Ratsmitglieder tangiert, wird eine eigene gesetzliche Grundlage benötigt. Grundsätzlich wird nur noch Ratsmitgliedern mit einem gültigen Zertifikat der Zugang zum Parlamentsgebäude gewährt. Hat ein Ratsmitglied jedoch kein Zertifikat, wird es verpflichtet, im Bundeshaus permanent eine Maske zu tragen.
- Der Nationalrat stimmte oppositionslos einer Motion seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zu, welche vom Bundesrat den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zur Revision des Epidemiengesetzes (EpG) zu unterbreiten (21.3963). Dabei sollen die Erkenntnisse der COVID-19-Pandemie in die Gesetzesrevision einfließen und nach Meinung der SVP die Befugnisse des Bundesrates zugunsten der Freiheitsrechte klarer definiert und eingeschränkt werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/17): Migrationspolitik

Überprüfung von Mobiltelefonen von Asylanten

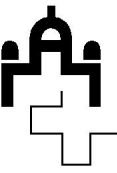
- Jedes Jahr sind 70-80% der Asylbewerber nicht in der Lage, ihre Identität nachzuweisen, weil sie nicht über gültige Dokumente oder ausreichende Informationen verfügen. Ohne genaue Kenntnis des Herkunftslandes eines Antragstellers, des Weges, auf dem er eingewandert ist, oder anderer Informationen wie Alter und Name ist es oft unmöglich, eine kohärente und fundierte Asylentscheidung zu treffen. Das Parlament folgt der SVP, damit die Daten von Mobiltelefonen und anderen Datenträgern von Asylsuchenden abgefragt werden dürfen, wenn dies zur Feststellung ihrer Identität oder ihres Migrationsweges notwendig ist (17.423).

Ausbau der Integrations- agenda

- Die Motion will den Bundesrat beauftragen, die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen (21.3964). Zu diesem Zweck sollen die Bundesbeiträge an die Kantone für das Pilotprogramm «Integrationsvorlehre Plus» verstetigt werden. Der Ständerat hat die Motion gegen den Willen der SVP angenommen.

Mehr Geld für den Schutz der EU- Aussengrenze

- Weiterentwicklung des Schengen-Acquis (20.064): Mit der Annahme der EU-Verordnung 2019/1896 und der Änderung des Asylgesetzes hat der Nationalrat einer weiteren Erhöhung der Kosten für den Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums zugestimmt. Das zugewiesene Budget wird deutlich steigen, lässt sich aber nicht genau beziffern: Bekannt ist lediglich, dass der finanzielle Beitrag der Schweiz im Jahr 2024 zwischen 36 und 68 Millionen Franken liegen wird.

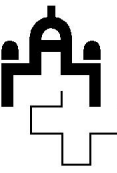


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/17): Migrationspolitik

Migrationswelle
aus Afghanistan
erwartet

Wieder-
einführung des
Botschaftsasyls

- Angesichts der drohenden Einwanderungswelle aus Afghanistan fordert die SVP-Fraktion (21.4002), dass, wer illegal einreist, in geschlossenen Zentren untergebracht wird, bis eine Abschiebung möglich ist, dass mit technischen, digitalen und prozessualen Massnahmen die Landesgrenzen systematisch kontrolliert werden, und dass das bisherige globale und pauschale Asylrecht der Schweiz abgeschafft und durch ein neues Gesetz für den Krisenfall in der Nachbarschaft ersetzt wird.
- Zudem fordert die SVP den Bundesrat auf (21.4005), den 2014 von Volk und Ständen angenommenen Artikel 121a der Bundesverfassung – die eigenständige Steuerung der masslosen Zuwanderung – umzusetzen, da es noch immer keine jährliche Höchstzahlen und Kontingente für die Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz – für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens – gibt.
- Der Ständerat überweist eine Motion (21.3282) an die zuständige Kommission zur Vorprüfung, die die Wiedereinführung des Botschaftsasyls fordert. Die SVP lehnt dies entschieden ab, denn so würden noch mehr Wirtschaftsmigranten als heute Asyl in der Schweiz beantragen. Zudem nimmt der Bundesrat im Rahmen der Resettlement-Programme des UNHCR schon heute tausende Asylanten aus weit entfernten Konfliktgebieten auf.



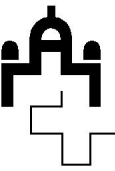
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/17): Aussenpolitik

**Beteiligung am
Klima-
Grenzausgleichs
system der EU**

- FDP, Mitte und die Linke wollen eine Beteiligung der Schweiz am Grenzausgleichssystem der EU (21.3602). Eine Teilnahme der Schweiz am Grenzausgleich der EU würde bedeuten, dass sich die Schweiz dem EU New Green Deal anschliesst. Dabei müsste sie das Ziel verfolgen, Importeure für die im Ausland entstandenen CO2-Emissionen bezahlen zu lassen. Dieses System besteht aus vielen offenen Punkten und birgt grosses Potenzial für einen Handelskrieg, da gewisse Branchen unverhältnismässig stark von diesen Ausgleichszahlungen betroffen wären. Darum lehnen Länder wie die USA das EU Grenzausgleichssystem gänzlich ab.

**Provokation
Chinas oder
Einsatz für die
„Menschen-
rechte“?**

- Mit Annahme der Motion "Förderung der Menschenrechte in China" (21.3965) sollen die Schweizer Akteure verpflichtet werden, bei allen bilateralen und multilateralen Gesprächen mit China die Menschenrechte zu thematisieren. Die Debatte im Nationalrat dreht sich vor allem um die Frage, wie stark sich ein neutraler Staat wie die Schweiz in die sogenannten „inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten, wozu z.B. die Menschenrechte zählen, einmischen darf und soll.



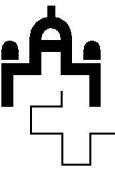
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/17): Sicherheitspolitik

**Nein zum Schutz
vor dem
Ausbreiten des
radikalen Islams**

**Kooperation in
der Kriminalitäts-
bekämpfung mit
EU und USA**

Armeebotschaft

- Die SVP fordert mehr Wachsamkeit gegenüber der Ausbreitung des radikalen Islams und insbesondere ein Verbot von Auslandfinanzierungen von Moscheen und Imamen in der Schweiz sowie ein Visa-Stopp für ausländische Imame (19.4005). Auch müsste der Informationsaustausch zwischen den Behörden auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene verbessert werden, um Radikalisierungen möglichst frühzeitig festzustellen. Mit 136 zu 54 Stimmen lehnte die grosse Kammer das Anliegen jedoch ab.
- Das Parlament hat drei Bundesbeschlüsse fast einstimmig verabschiedet, die darauf abzielen, die Verbrechensbekämpfung durch einen besseren Informationsaustausch, die so genannte "Prümer Zusammenarbeit", zu verbessern (21.027). Es wird nun möglich sein, bestimmte Informationssysteme - DNA-Profile, Fingerabdrücke, Fahrzeuginformationen - zu vernetzen, was eine effizientere Verbrechensbekämpfung ermöglichen wird.
- Der Ständerat nimmt die Armeebotschaft an, nachdem der Nationalrat sie bereits in der Sommersession angenommen hatte (21.023). Damit sind die Verpflichtungskredite für das Rüstungsprogramm in der Höhe von rund 2,3 Milliarden Franken sowie die Ziele des Bundesrates genehmigt. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Führungs- und Kommunikationssysteme der Schweizer Armee, die Verbesserung der Mobilität, die Optimierung des Schutzes der Soldaten, die Anpassung der logistischen Infrastruktur und die Modernisierung der Ausbildungsinfrastruktur.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/17): Landwirtschaft

Anpassung der Suisse-Bilanz

- Der Nationalrat war sich einig, dass, parallel zur Umsetzung des Absenkpfadens Nährstoffe in der Pa.lv. 19.475 und hinsichtlich der vom Bundesrat vorgesehenen Einführung der Offenlegungspflicht der Futtermittel- und Düngelieferungen im Rahmen der Agrarpolitik die Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse anzupassen sei (21.3004). Dabei sollen insbesondere der Standort, das Ertragspotenzial der Kulturen und der Futtermittelverzehr besser berücksichtigt und an die Realität angepasst werden. Dabei erhofft sich die Landwirtschaft mehr Flexibilität mittels Einbezugs von Lageveränderungen, beispielsweise durch die Fortschritte bei der Sortenzucht.

Parlament stärkt einheimische Zuckerwirtschaft

- Um den Anbau von Zuckerrüben attraktiver zu gestalten, fordert das Parlament einen jährlichen Hektarenbeitrag von 2'100 Franken bis ins Jahr 2026 und zusätzliche 200 Franken für den Anbau von Zuckerrüben, welchen die Anforderungen der biologischen Landwirtschaft oder der integrierten Produktion erfüllen. Gleichzeitig forderte es, dass die Grenzzölle für Zucker mindestens 7 Franken pro 100 Kilogramm Zucker betragen, um die Schweiz vor Billig-Zucker aus der EU zu schützen (vorerst befristet bis 2026).

Verbesserung Sozialversiche- rungsschutz für Bauernfamilien

- Ein mangelnder Sozialversicherungsschutz für die auf dem Betrieb mitarbeitenden Ehegattinnen und -gatten kann im Fall von Krankheit oder Unfall einschneidende Konsequenzen haben. Deshalb soll das Landwirtschaftsgesetz geändert werden, um den Schutz des mitarbeitenden Ehepartners auszubauen. Der Nationalrat hat dieses Unterfangen bereits in der Sommersession 2021 einstimmig unterstützt. Der Ständerat folgte der grossen Kammer am 30. September und unterstützte das Anliegen ebenfalls.



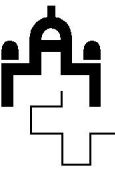
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/17): Sicherheitspolitik / Landwirtschaft

Satellitenbilder aus Frankreich

- Mit Unterstützung der SVP stimmt der Nationalrat dem Ständerat zu und ratifiziert den Kooperationsvertrag mit Frankreich über den Betrieb des «optischen Weltraumkomponentensystems» (20.091). Die Schweiz wird in Zukunft keine Satellitenbilder mehr auf dem öffentlichen Markt erwerben müssen, was bisher zu hohen Kosten, geringerer Qualität, teilweise langen Wartezeiten und mangelnder Diskretion gegenüber den Interessen unseres Landes geführt hat. Das neue System wird uns in die Lage versetzen, Bilder zu erfassen, die für unsere Bedürfnisse relevant sind, seien es Sicherheitsfragen, Katastrophenhilfe oder andere nachrichtendienstliche Fragen.

Deklaration des Herkunftslandes

- Um Täuschungen der Schweizer Konsumenten zu vermeiden, sollen die Zutaten von ausländischen Produkten, wie beispielsweise Brot, Fleischwaren oder Milchprodukte, klar mit dem Herkunftsland gekennzeichnet werden (19.4083). Die SVP und Linksgrün stimmten mit 123 zu 61 Stimmen und 5 Enthaltungen für diese Forderung von SVP-Nationalrat Jacques Nicolet und fordern mittels dieser Deklarationspflicht mehr Transparenz, auch mit dem Ziel die lokale Landwirtschaft zu fördern.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/17): Rechtsfragen

Neue Ermittlungsmethoden dank Täter-DNA

- Ermittler sollen in Kriminalfällen künftig die an einem Tatort gefundene DNA eines mutmasslichen Täters besser nutzen können (20.088). Der Ständerat hat im Sinne der SVP der Phänotypisierung als Ermittlungsmethode zugestimmt. Damit kann aus DNA etwa die Haar- und Augenfarbe oder das Alter bestimmt werden. Zudem wird die Suche nach Verwandtschaftsbezügen auf eine Gesetzesgrundlage gestellt.

Schweizerische Erdbebenversicherung

- Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Einführung einer schweizweiten Erdbebenversicherung ausgesprochen (20.4329). Im Zentrum steht eine Lösung mit einer Eventualverpflichtung für Hausbesitzer. Aus Sicht der SVP ist die Einführung von weiteren Verpflichtungen nicht notwendig. Die Schweiz hat heute ein gewachsenes System: Es gibt Bauvorschriften in Bezug auf die Erdbebensicherheit, die weltweit wahrscheinlich einzigartig sind und zudem gibt es heute verschiedene Versicherungsmöglichkeiten. Auch aus föderalistischer Sicht ist die Entscheidung bedenklich.

Fehlgeleitete Reform der Bundesanwaltschaft

- Die Bundesanwaltschaft und ihre Aufsicht sollen mit einer Gesetzesrevision reformiert werden. Nationalrat und Ständerat sprechen sich für die sog. "Status quo plus"-Lösung aus (21.3972, 21.3970). Damit bliebe die Bundesanwaltschaft eigenständig und würde weiterhin von einer speziellen Aufsichtsbehörde kontrolliert. So werden die strukturellen Probleme auch weiterhin bestehen. Die SVP forderte das Modell „modifizierter Status quo ante“ (21.3988). Dieses Modell geht von einer Rückführung an den Bundesrat unter Wahrung der Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft in der Strafverfolgung aus.

Neuer Bundesanwalt

- Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Nachfolger von Michael Lauber gewählt. Der neue Bundesanwalt für die Amtsperiode 2020-2023 heisst Stefan Blättler.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/17): Gesundheits- und Sozialversicherungspolitik

Ständerat gegen sprachlich integriertes Medizinalpersonal

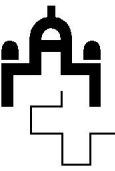
- Die Motion von SVP-Parteipräsident Marco Chiesa wollte die Anerkennung der Sprachkenntnisse von Personen, die einen universitären Medizinalberuf ausüben, vereinfachen. Denn eine universitäre Medizinalperson muss in der Sprache, in der sie ihren Beruf ausübt, die Hauptinhalte komplexer Texte zu konkreten und abstrakten Themen verstehen. Doch nachdem der Nationalrat die Motion im letzten Jahr angenommen hatte, lehnte sie der Ständerat nun ab. Damit ist sie vom Tisch.

Neue Adoptionsentschädigung

- Nationalrat und Ständerat stimmten der Einführung eines 14-tägigen Adoptionsurlaubs zu. SVP und FDP appellierten vergeblich, in Krisenzeiten und angesichts des wachsenden Corona-Schuldenbergs nicht noch ein neues Sozialwerk zu schaffen. Der maximal 14-tägige Adoptionsurlaub kann auch tageweise bezogen werden. Die Entschädigung wird nur an eine Person entrichtet und kann während des ersten Jahres nach der Aufnahme des Kindes bezogen werden.

Kein missbrauchsanfälliger Ausbau der Härtefallmassnahmen

- Die Motion verlangte eine Änderung der Arbeitslosenversicherung, so dass in KMU der mitarbeitende Ehegatte des Arbeitgebers bei Kurzarbeit Anspruch auf eine plafonierte Entschädigung hat (20.3454). Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Lücke im Gesetz, sondern um eine gewollte Regelung. Denn die Kurzarbeitsentschädigung soll die Ganzarbeitslosigkeit der Arbeitnehmenden, deren Arbeit vorübergehend reduziert oder suspendiert ist, verhindern, damit ihre Arbeitsverträge bestehen bleiben. Dieses Instrument ist für Arbeitnehmende konzipiert, die keinen Einfluss auf den Geschäftsgang des Betriebs haben. Das Missbrauchsrisiko bei einer Leistungsausweitung wäre gross. Im Sinne der SVP lehnte der Ständerat diese Forderung ab, womit das Anliegen vom Tisch ist.



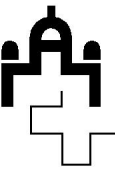
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/17): Staatspolitik

**Neue Institution
zur Überwachung
der Schweizer
Menschenrechte**

**Nein zu
Lohnexzessen
beim Bund**

**Schärfere Regeln
für bundesnahe
Betriebe**

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Schaffung einer Institution zugestimmt, die den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Schweiz stärken soll (19.073). Damit beugt sich die Schweiz einmal mehr dem internationalen Druck, obwohl sie bereits heute ein vorbildliches Land in Sachen Menschenrechte ist. Mit der Weigerung, die Kosten zu begrenzen, wie es der Bundesrat wollte, nimmt die Mehrheit des Parlaments das Risiko in Kauf, dass das Budget im Laufe der Zeit unkontrolliert wächst. Dank der SVP werden die Befugnisse dieser Institution jedoch auf die gesetzlich vorgesehenen Fälle beschränkt, so dass der Föderalismus nicht durch eine ständige Ausweitung untergraben werden kann.
- Der Ständerat hat eine Begrenzung der Löhne von Unternehmen, die dem Bund gehören oder eng mit ihm verbunden sind, abgelehnt (16.438, 18.428). In einer Zeit, in der das Land von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen ist, werden die Führungskräfte der betroffenen Unternehmen weiterhin hohe Summen verdienen können. Die SVP hat vergeblich versucht, diese Einkommen, die zum Teil deutlich höher sind als jene der Bundesräte, zu begrenzen.
- Die Vorlage fordert, dass die Führung der bundesnahen Betriebe klarer und einheitlich definiert werden (19.4004). Insbesondere die Wahl der Verwaltungsräte und die Formulierung der strategischen Unternehmerziele sollen mit gesetzlichen Änderungen geregelt werden. Gleichzeitig sollen auch die in Vergangenheit kritisierten Interessenkonflikte von Verwaltungsräten vermieden werden. Mit 95 zu 86 Stimmen und 3 Enthaltungen nahm der Nationalrat diese Motion an.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/17): Finanz- und Wirtschaftspolitik

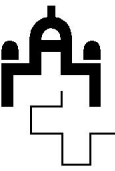
Aufhebung der Industriezölle

Schwächung der Schweizer Rüstungs- und Hightech- Industrie

Erneutes Nein zum MWST- Einheitssatz

Ausgesteuerte nicht in Arbeits- losenstatistik ausgewiesen

- Das Parlament stimmt der unilateralen Abschaffung der Industriezölle zu (19.076). Mit der Abschaffung der Industriezölle werden die betroffenen Unternehmen administrativ stark entlastet und die Konsumenten sparen jährlich rund 350 Millionen Franken ein.
- Das Parlament empfiehlt die extreme Initiative gegen Kriegsmaterialexporte zur Ablehnung, stellt der Initiative jedoch gegen den Willen der SVP einen Gegenvorschlag (21.021) gegenüber. Dieser schadet der Schweizer Hightech-Industrie und einzelnen Flaggschiffen der Wirtschaft. Er kann dazu führen, dass Hightech-Firmen, welche jährlich enorme Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen, aus dem Land vertrieben werden. Währenddem die Auflagen für die Rüstungsindustrie bereits heute äusserst streng sind, stimmen die Mitte- und die Linksparteien einem angeblichen Kompromiss zu, der in Wirklichkeit nur ein weiterer Schritt Richtung Abschaffung der Armee ist.
- Die Motion forderte, den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer mit möglichst wenigen Ausnahmen einzuführen (21.3444). Die SVP hat sich stets gegen einen Einheitssatz ausgesprochen, weil damit das Brot teurer und der Ferrari billiger würde. Die kleine Kammer lehnte den Vorstoss mit 27 zu 13 Stimmen und 1 Enthaltung ab.
- Die SVP wollte mit einer Motion bewirken, dass neu auch ausgesteuerte Arbeitnehmer in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen werden (18.3068), nicht zuletzt, weil in der Schweiz jeden Monat rund 3'500 Personen ausgesteuert werden. Im Frühling 2020 nahm der Nationalrat die Motion an, der Ständerat folgt hingegen der Meinung vom Bundesrat und lehnte die Motion ab, womit das Anliegen vorerst vom Tisch ist.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/17): Finanz- und Wirtschaftspolitik

**Abschaffung der
Wertfreigrenze
zur Bekämpfung
des Einkaufs-
tourismus**

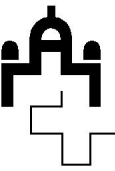
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat drei Vorstösse (19.3975, 18.300, 18.316) angenommen, welche zum Ziel haben die aktuelle Wertfreigrenze von 300 Franken abzuschaffen. Mit dieser Abschaffung wird der Einkaufstourismus im Ausland weniger attraktiv, da alle im Ausland eingekauften und in die Schweiz importierten Waren der Schweizer Mehrwertsteuer unterliegen werden. Damit wird das Gewerbe insbesondere in den Schweizer Grenzkantonen gestärkt.

**Transparenz über
die finanziellen
Mittel
paritätischer
Kommissionen**

- Der Nationalrat fordert mittels einer Motion, dass die paritätischen Kommissionen der für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge verpflichtet werden, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen. Dabei soll vermehrt Rechenschaft abgelegt werden, betreffend Zweckbestimmung der Mittel im Fondskapital und deren Verwendung. Die Aufsichtsbehörde über die paritätischen Kommissionen, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), sollte die Eidgenössische Finanzkontrolle oder andere Sachverständige mit der Finanzprüfung beauftragen und die notwendige Transparenz schaffen können.

**Ständige
parlamentarische
OECD-Delegation**

- Das Parlament setzt neu eine ständige, für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zuständige Delegation ein. Die Delegation nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an Veranstaltungen der OECD teil, welche sich an die nationalen Parlamente richten. Die Teilnahme an den Veranstaltungen der OECD soll der Delegation die Möglichkeit bieten, sich frühzeitig mit OECD-spezifischen Thematiken zu befassen. Die SVP wehrte sich erfolglos gegen die Einsetzung dieser neuen Delegation.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/17): Finanz- und Wirtschaftspolitik

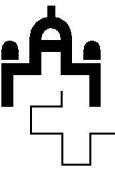
Höhere Steuer-
abzüge für extern
betreute Kinder

SVP mit
Kürzungs-
anträgen bei
Corona-
Ausgaben allein

Ja zur Reform
der
Verrechnungs-
steuer

Nein zur
Aufweichung des
Bankkunden-
geheimnisses

- Für Kinder-Betreuungskosten sollen Eltern künftig bis zu 25'000 Franken, statt wie heute 10'100 Franken, von der direkten Bundessteuer abziehen können. Gegen den Willen der SVP lehnte das Parlament einen Antrag auf Erhöhung des Elterntarifes von 251 auf 300 Franken pro Kind ab, was auch selbstbetreuenden Familien zu Gute gekommen wäre.
- Der Ständerat und der Nationalrat haben den Nachtragskrediten zum Voranschlag 2021 in der Höhe von 411 Mio. Franken zugestimmt. Davon fallen 164 Mio. Franken zur Bewältigung der Corona-Pandemie an, 37,5 Mio. davon für zusätzliches Personal beim Bundesamt für Gesundheit, knapp 5,0 Mio. für den Bereich Gesundheitsschutz und Prävention sowie 7,2 Mio. für das Bundesamt für Statistik. Die SVP hatte sich für die Streichung oder Kompensation dieser drei Posten ausgesprochen. Im Weiteren gehen, wiederum gegen den Willen der SVP, 233 Mio. Franken an den Bahninfrastrukturfonds.
- Der Nationalrat will die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abschaffen und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufheben. Linksrün wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen, um den Sicherungszweck der Verrechnungssteuer auszuweiten oder eine obligatorische Meldepflicht einzuführen. Der Ständerat muss nun über die Vorlage entscheiden.
- Die Standesinitiative des Kantons Bern (19.316) forderte die Aufhebung des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz mit dem Ziel die Steuertransparenz zu erhöhen. Gleichzeitig erhofft sich der Kanton eine Erhöhung der Steuereinnahmen von bis anhin nicht gemeldetem Vermögen. Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat lehnen die Forderung der Standesinitiative ab.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/17): Forschungspolitik

Verlängerung Gentechnik- Moratorium

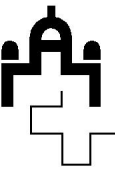
- In der Schweiz dürfen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nur zu Forschungszwecken angebaut werden. Seit der Annahme einer entsprechenden Volksinitiative 2005 gilt hierzulande ein Moratorium für die Verwendung von GVO in der Landwirtschaft, welches vom Parlament dreimal verlängert wurde, letztmals bis Ende 2021. Der Bundesrat beantragt nun eine weitere Verlängerung bis Ende 2025, die nun angenommen wurde (21.049).

Beteiligung am empfindlichsten Radioteleskop der Welt

- Der Nationalrat will sich am Bau und Betrieb der internationalen Forschungsinfrastruktur «Square Kilometre Array Observatory SKAO» beteiligen (21.038). Das SKAO baut und betreibt das SKA, das empfindlichste Radioteleskop der Welt. Das Parlament genehmigte 2020 bereits einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 8,9 Mio. Franken. Die neu genehmigte finanzielle Verpflichtung bis 2030 beträgt zusätzliche 24,7 Mio. Franken.

Differenz- bereinigung bei Innovations- förderung

- Die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse soll nach dem Willen des Parlaments mehr Spielraum erhalten. Flexibler gehandhabt werden soll namentlich die finanzielle Beteiligung der Unternehmen. In den Details sind sich die Räte jedoch noch nicht einig. Uneinigkeit herrscht namentlich bezüglich der Bandbreite bei der Beteiligung der Umsetzungspartner. Während der Nationalrat eine Bandbreite von 30 bis 50% beschlossen hatte, sprach sich der Ständerat nun für eine Bandbreite zwischen 40 und 60% aus. Nicht einig sind sich die Räte auch bei der Besteuerung von Forschungs- und Förderbeiträgen an Nachwuchsforscher. Der Nationalrat hatte eine Besteuerung der Stipendien abgelehnt. Der Ständerat ist anderer Meinung. Begründet wird dies mit Gleichbehandlungsgebot, zumal es immerhin um Beiträge von bis zu 60'000 Franken geht.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/17): Kultur und Sport

«Lex Netflix»

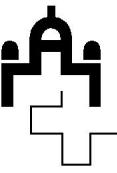
- Mit der Vorlage „Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024“ (20.030) sollen zur Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes über 8 separate Bundesbeschlüsse Mittel in der Höhe von insgesamt 934,5 Millionen Franken bereitgestellt werden.
- Beim neuen Filmgesetz («Lex Netflix») werden Streaming-Plattformen wie Netflix, Amazon oder Disney verpflichtet, jährlich vier Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz in das Schweizer Filmschaffen zu investieren oder eine gleich hohe Ersatzabgabe zu leisten. Die SVP hatte sich dafür ausgesprochen, diesen Beitrag auf zwei Prozent zu senken oder ganz zu streichen, fand damit aber kein Gehör.

Nein zur Mitsprache der Bevölkerung bei olympischen Spielen

- Die Parlamentarische Initiative verlangte, dass die Unterstützung Olympischer Spiele durch den Bund dem fakultativen Referendum zu unterliegen hat (18.445). Umstrittene Olympische Spiele hätten so in der Schweiz künftig demokratisch legitimiert werden müssen. Doch nachdem der Nationalrat in der Sommersession entschieden hatte, der Parlamentarischen Initiative Folge zu geben, was auch dem Wunsch der SVP entsprach, entschied sich der Ständerat nun dagegen.

Mehr Geld für für Sportanlagen von nationaler Bedeutung

- Der Bundesrat will von 2022 bis 2027 mit 67 Mio. Franken den Bau von Sportanlagen unterstützen. Mit diesen Finanzhilfen im Rahmen des Nationalen Sportanlagenkonzeptes (NASAK 5) möchte die Landesregierung sowohl den Leistungs- als auch den Jugend- und Breitensport fördern. Die Anlagen dienen den nationalen Sportverbänden für ihre Aktivitäten in den Bereichen Ausbildung, Training und Wettkampf – und dies in diversen Sportarten. Die vorberatende Kommission hatte beantragt, die Finanzhilfen sogar auf 79,83 Mio. Franken zu erhöhen. Der Ständerat folgte diesem Antrag.



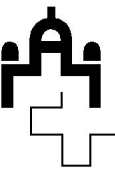
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/17): Verkehr und Medien

**Velolobby soll
finanzielle
Unterstützung
durch den Bund
und
Sonderrechte
erhalten**

- Das neue Bundesgesetz über Velowege stellt das Umsetzungsgesetz des im Jahre 2018 geänderten Art. 88 der Bundesverfassung dar. Gemäss Versprechungen des Bundesrates im damaligen Abstimmungskampf sollte sich in Struktur und Inhalt am bewährten Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (FWG) anlehnen und nicht weiter in die Kantons- und Gemeindeautonomie eingreifen. Entgegen diesen Versprechen legte der Bundesrat nun jedoch ein Gesetz vor, dass den Kantonen und Gemeinden nicht nur weitergehende Vorschriften macht, sondern auch noch einen starken Ausbau des Velowegnetzes sowie die finanzielle Unterstützung von Veloverbänden durch den Bund vorsieht. Die SVP wehrte sich im Ständerat vergeblich gegen einen solchen Ausbau zu Ungunsten der übrigen Verkehrsteilnehmer und auf Kosten der Steuerzahler. Das Gesetz geht nun an den Nationalrat.

**Unterirdischer
Gütertransport**

- In der Schweiz sollen Güter in Zukunft nicht nur auf den Strassen oder Bahnlinien transportiert werden, sondern auch unterirdisch per U-Bahn. Das Projekt "Cargo sous terrain" (CST) ist ein Projekt von Mobiliar, SBB, Post, Swisscom, Coop und Migros. Sie wollen einen unterirdischen dreispurigen Tunnel zwischen wichtigen Logistikzentren im Mittelland und in der Nordwestschweiz bauen. Der Vollausbau soll ein Netz von 500 Kilometern umfassen. Das Projekt kostet bis zu 35 Milliarden Franken und soll bis 2045 abgeschlossen sein. Die SVP lehnte das Gesetz in der Gesamtabstimmung ab, da aus ihrer Sicht die Interessen der anderen Grundeigentümer mit der aktuellen Vorlage unzureichend gewahrt werden. Das Gesetz befindet sich in der Differenzvereinbarung.

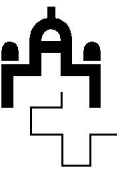


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/17): Energiepolitik

Verlängerung Strom-Einspeise- vergütungs- system

- Das bis 2022 befristete Strom-Einspeisevergütungssystem durch Investitionsbeiträge wird für Biomasseanlagen und Wasserkraftwerke verlängert. Zusätzlich sollen neue Windenergie-, Kleinwasserkraft-, Biogas-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen ab 2023 ebenfalls mit einmaligen Investitionsbeiträgen gefördert werden. Diese Übergangsgesetzgebung (19.443) soll bis zu einer umfassenden Gesetzesrevision gelten

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

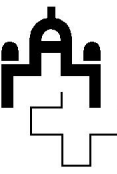
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**
- **Frühjahr: 28. Februar – 18. März 2022**
- **Sommer: 30. Mai – 17. Juni 2022**
- **Herbst: 12. – 30. September 2022**
- **Winter: 28. November – 16. Dezember 2022**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

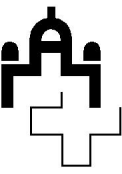
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November 2021

- **Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»** **NEIN**
- **Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»** **NEIN**
- **Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)** **NEIN**



Haben Sie Fragen?